

Kocka, Jürgen

Book Part — Digitized Version

Wirtschaft, Gesellschaft, Staat und Kultur im Deutschen
Kaiserreich. Darstellungsteil

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1986) : Wirtschaft, Gesellschaft, Staat und Kultur im Deutschen Kaiserreich. Darstellungsteil, In: Hilke Günther-Arndt, Jürgen Kocka (Ed.): Geschichtsbuch: die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Ausg. A, Bd. 3. Das 19. Jahrhundert, ISBN 3-464-05375-0, Cornelsen, Berlin, pp. 116-123

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/122332>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

3. Wirtschaft, Gesellschaft, Staat und



Das Deutsche Kaiserreich hat nur knapp 50 Jahre lang bestanden, von 1871 bis 1918. Aber es hat das Bewußtsein der Deutschen sehr geprägt, zum Teil bis heute. Otto von Bismarck, der „Reichsgründer“ und erste Reichskanzler, gehört zu den berühmtesten Deutschen. Das Reich entstand 1870/71 aus einem Krieg und endete 1918 in einer Revolution, die aus einem weiteren, viel größeren Krieg hervorging. Es war von sozialen und konfessionellen Spannungen geprägt. Und man hat es einen „unvollendeten“ Nationalstaat genannt. Denn viele Deutsche blieben außerhalb seiner Grenzen, z. B. die Deutsch-Österreicher; „kleindeutsch“ hat man das Reich deshalb genannt. Umgekehrt gab es nichtdeutsche Minderheiten im Deutschen Reich wie die Polen. Und von vielen Deutschen wurde das Reich abgelehnt oder doch ungern gesehen, vor allem am Anfang. Der Nationalstaat kam in Deutschland nicht nur später als in Frankreich und England. Er war bei uns auch problematischer, umstrittener und weniger selbstverständlich als in den westlichen Ländern. Das gilt bis heute.

Aber das Reich fand auch viel Zustimmung in allen Schichten und Klassen, je später desto mehr. Trotz allem war es für viele die Erfüllung eines Jahrzehnte alten Traums: der deutsche Nationalstaat, nach dem man sich so gesehnt hatte. Und bald brachte das Reich

auch große Leistungen hervor. Seine Bedeutung für den einzelnen wuchs: in der Schule, in der Wirtschaft, durch die neue Sozialgesetzgebung. In Technik und Wissenschaft errangen die Deutschen damals eine führende Stellung in der Welt. Immer stärker war das Reich im Bewußtsein und im Gefühl seiner Bürger verwurzelt. Das Nationalgefühl war weit verbreitet, und oft steigerte es sich zum Nationalismus. Nationale Denkmäler und Feste, der Schulunterricht und die nationale Propaganda trugen dazu bei.

Zwischen 1871 und 1914 gelangen große wirtschaftliche Fortschritte, die auch der breiten Bevölkerung zugute kamen. Das Kaiserreich war ein Verfassungs- und Rechtsstaat und keine Diktatur. Aber war das Reich nicht so konstruiert, daß es große Bevölkerungsgruppen wie die sozialdemokratische Arbeiterschaft, nationale Minderheiten, teilweise auch die Katholiken ins Abseits drängte und zu „Reichsfeinden“ erklärte? Viele Historiker meinen, daß so die tonangebenden Schichten die sozialen Spannungen verschärften, und diese Spannungen im Innern waren vielleicht dafür mitverantwortlich, daß sich die Reichspolitik nach 1890 nach außen so aggressiv verhielt. Sicher hat das seinen Teil zum Ausbruch des katastrophalen Ersten Weltkriegs (1914–1918) beigetragen.

Das Reich war in vielem sehr modern, z. B. in der

Kultur im Deutschen Kaiserreich



Wirtschaft und im Schulwesen. Aber blockierte es nicht den an sich nötigen Wandel auf anderen Gebieten? Das Parlament blieb schwach, die „Parlamentarisierung“ kam nicht zustande, Bürokratie, Offizierskorps und Adel besaßen sehr viel Macht. Sehr liberal war das gerade nicht und demokratisch auch nicht. Das waren Belastungen, die vielleicht miterklären, warum es die freiheitlich-demokratische Weimarer Republik, die auf das Kaiserreich folgte, so schwer hatte und so bald den Kräften der Diktatur unterlag.

Die Interpretation des Kaiserreichs ist in der Geschichtswissenschaft umstritten. Wie ist es zu beurteilen? Wer nationale Größe als Maßstab nimmt, kommt zu anderen Ergebnissen als jemand, dem Freiheit und Demokratie besonders wichtig erscheinen. Wer den technisch-wirtschaftlichen Fortschritt als Maßstab benutzt, urteilt über das Kaiserreich anders als jemand, dem soziale Gerechtigkeit und der Abbau der Ungleichheit zwischen den Menschen besonders wichtig sind.

Diese Gesichtspunkte und Fragen sollten wir im Kopf behalten, wenn wir jetzt genauer aufs Kaiserreich schauen: auf den tiefen Umbruch und die Neuorientierung der Politik in den 1870er Jahren (Abschnitt 1); auf das sich ändernde Verhältnis von Gesellschaft und Staat und den Beginn des Sozialstaats (Abschnitt 2);

auf die Spannungen und Konflikte des Kaiserreichs, auf die Arbeiterbewegung und die Sozialpolitik, auf den „Kulturkampf“ zwischen Katholiken und Staat und auf die Stellung der Minderheiten (Abschnitt 3); auf das alltägliche Leben, besonders in der Familie (Abschnitt 4); und auf Wissenschaft, Kunst und Kultur (Abschnitt 5 und 6).

Das Kaiserreich wandelte sich rasch. Ein großer Einschnitt lag 1890. Bis dahin leitete der im ganzen maßvolle Bismarck die deutsche Politik, mit der Unterstützung des Kaisers Wilhelm I., der, als er 1888 starb, fast 91 Jahre alt war. Sein Sohn Friedrich starb schon nach wenigen Monaten. Noch im selben Jahr wurde Wilhelm II., damals erst 29 Jahre alt, als sein Nachfolger gekrönt. Er regierte, bis er in der Revolution abdanken mußte; für die Zeit von 1890 bis 1918 spricht man auch vom „wilhelminischen Reich“. Unter Wilhelm II. und den Nachfolgern des 1890 abgelösten Reichskanzlers Bismarck wurde die deutsche Politik dynamischer, aber auch unstabiler, moderner und zugleich aggressiver. Trotzdem betrachten wir in diesem Kapitel das Kaiserreich als Einheit, denn bestimmte Merkmale sind für den gesamten Zeitraum von 1871 bis 1914 kennzeichnend. Im nächsten Kapitel folgt die Darstellung der internationalen Beziehungen dann wieder stärker dem zeitlichen Ablauf.

Der Umbruch der 1870er Jahre

Gründerjahre und Gründerkrise

Nach dem Sieg über Frankreich und der Gründung des Reiches 1871 schlug die nationale Begeisterung hohe Wellen. Optimistisch schaute man in die Zukunft, und dieser Optimismus half mit, die wirtschaftliche Tätigkeit kräftig anzukurbeln. Seit den 1830er und 1840er Jahren war ja auch in Deutschland die Industrialisierung auf dem Weg. Fabriken und Eisenbahnen waren entstanden, Unternehmer hatten gut verdient und das Verdiente größtenteils wieder investiert, eine Lohnarbeiterschaft hatte sich herausgebildet. Jetzt aber, nach der Reichsgründung, legte die wirtschaftliche Entwicklung noch einmal zu. 1871, 1872 und 1873 waren Jahre der übersäumenden Konjunktur. In dieser kurzen Zeit wurden ebenso viele Eisenhütten, Hochöfen und Maschinenfabriken gegründet wie in den ganzen 70 Jahren vorher. 4,5 Milliarden Goldmark mußte das im Krieg besiegte Frankreich als „Wiedergutmachung“ an Deutschland zahlen, und auch dieses Geld heizte die Konjunktur an. Die Börsenkurse stiegen, die Eisenbahnen – damals oft noch Aktiengesellschaften im Privatbesitz – zahlten Dividenden bis zu 25 Prozent. Auch die Löhne der Arbeiter stiegen. Viele Leute – große Unternehmer und kleine Sparer – spekulierten an der Börse. Die Zukunft schien rosig.

Aber im Herbst 1873 brach die Konjunktur zusammen, auf die „Gründerjahre“ folgte die „Gründerkrise“. Börsenkurse stürzten. Viele verloren ihr Vermögen, die Nachfrage ließ nach, ein Preisverfall setzte ein, Unternehmen machten Bankrott, und viele wurden arbeitslos. Ende 1873 herrschten Katastrophenstimmung und Mutlosigkeit. Damalige Zeitgenossen und spätere Historiker haben von einer *Großen Depression* gesprochen, die 1873 begann. Tatsächlich kämpfte die Wirtschaft nun für einige Jahre mit Stockungen. Auch die Löhne sanken vorübergehend. Nur langsam ging es in den 1880er Jahren wieder nach oben. Erst ab Mitte der 1890er Jahre gelangte das Wachstum wieder auf volle Touren, erst jetzt zogen die Preise wieder an.

Solche Konjunkturereinbrüche hat es im 19. und 20. Jahrhundert immer wieder gegeben, besonders scharf in der Weltwirtschaftskrise von 1929. Sie gehören zum marktwirtschaftlich-kapitalistischen System,

wenn man auch inzwischen gelernt hat, ihre Schärfen durch wirtschaftspolitische Lenkung und Sozialpolitik, z. B. durch Arbeitslosenversicherung, ein wenig zu mildern. Diese Einbrüche entstehen aus einem Mißverhältnis zwischen den vorher rasch ausgebauten Produktionskapazitäten in den Fabriken und der nicht genügend schnell mitwachsenden Nachfrage. Ganz verschieden können die Auslöser sein, damals war es die übertriebene, zum Teil schwindelhafte Spekulation. Es kam hinzu, daß seit den späten 1870er Jahren das viel billigere amerikanische Getreide auf den deutschen Markt gelangte und den deutschen Landwirten scharfe Konkurrenz machte. In den USA hatte man riesige landwirtschaftliche Nutzflächen neu erschlossen und rationell zu bearbeiten begonnen, die neuen Eisenbahnen transportierten das Getreide billig an die Ostküste, und auch die Frachtkosten sanken mit der Einführung der Dampfschiffe auf dem Ozean (siehe S. 229). In den europäischen Ländern drückten die Getreideimporte die Preise. Die Landwirte kamen kaum mehr auf ihre Kosten. Eine dauerhafte Agrarkrise überlagerte die Handels- und Industriekrise jener Jahre.

Der Krise lagen also wirtschaftliche Vorgänge zugrunde, die kein einzelner leicht steuern konnte, weder die einzelnen Unternehmer noch die Regierungen. Aber die Ursachen und Hintergründe waren schwer zu begreifen. Wie oft in solchen Fällen suchte die öffentliche Meinung nach einem Schuldigen. Die „Großfinanz“, das „Gründer- und Jobbertum“, die Korruption und die Spekulation fanden sich bald auf der Anklagebank wieder. Manche glaubten, daß eine Verschwörung der Juden dahinterstecke (siehe S. 134). Andere machten die Sozialisten verantwortlich – die Streiks hatten in den Jahren des Wachstums 1871–73 rasch zugenommen, aber mit der Krise ließen sie nach.

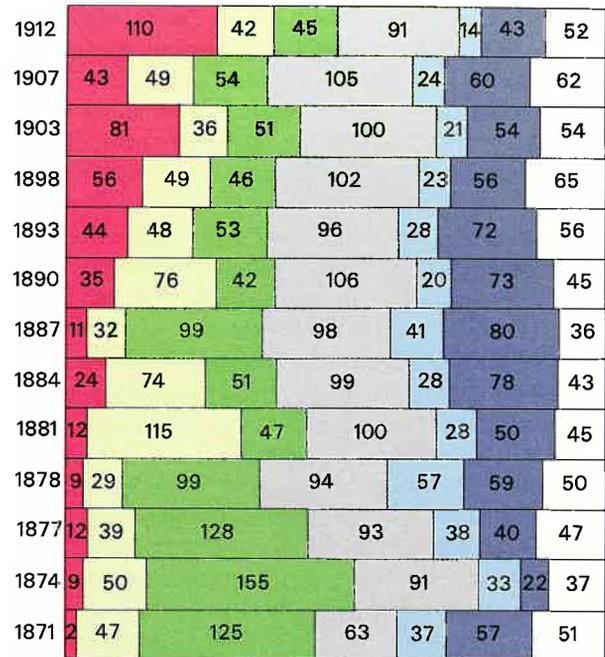
Vor allem aber machte man den Liberalismus verantwortlich. Die Nationalliberale Partei hatte im Reichstag Gesetze durchgebracht, die die Gründung von Aktiengesellschaften erleichterten, die Einfuhr- und Ausfuhrzölle abbauten und die freie, ungehemmte Entfaltung der Marktkräfte ohne staatliche Gängelung förderten. Auch die Vereinigungs- und die Koalitionsfreiheit gehörten zum liberalen Programm. Die

gewerkschaftliche Organisation und der Streik der Arbeiter waren in den 1860er Jahren legalisiert worden. Der *Wirtschaftsliberalismus* hatte in den 1860er und den frühen 1870er Jahren seine große Zeit gehabt. Sicherlich erleichterte er Mißbräuche, wie die abenteuerliche Spekulation an der Börse, aber er setzte eben auch große Energien frei und trug kräftig zum endgültigen Durchbruch der Industriellen Revolution bei.

Die Wende der Politik

Mit der Krise kippte die Stimmung um. In den Augen vieler sprach der tiefe Wirtschaftseinbruch gegen die Fortsetzung einer liberalen Wirtschaftspolitik. Große Interessenverbände entstanden, so 1876 der „Centralverein Deutscher Industrieller“, der die Wiedereinführung des Schutzzolls für Eisen forderte. Bald wurde er von den sich ebenfalls organisierenden Landwirten, den „Agrariern“, unterstützt, vor allem von den großen, meist adligen Gutsbesitzern im östlichen Deutschland, den „Junkern“. Bisher hatten sie als große Exporteure von Getreide auf den Freihandel gesetzt, jetzt sahen sie ihre wirtschaftliche Existenz von den preiswerten Getreideimporten aus USA und aus Rußland gefährdet. Die Forderung nach Schutzzöllen einigte erstmals Vertreter der großen Industrie und Vertreter der Großlandwirtschaft, und sie richtete sich gegen die Konsumenten und gegen den Liberalismus zugleich. Auch der Reichskanzler Bismarck war neuen Zöllen nicht abgeneigt. Er hoffte, sie würden die Einkünfte des Staates vermehren und die Regierung von den Steuereinnahmen und der dazu nötigen Zustimmung des Reichstags unabhängig machen.

Die Parteien in den 1870er Jahren. Bisher hatte Bismarck den Wirtschaftsliberalismus unterstützt. Ein wirtschaftspolitischer Schwenk mußte ihm die Gegnerschaft der *Nationalliberalen Partei* einbringen, die bisher im Reichstag die Mehrheit stellte und seine Regierung unterstützte. Die *Deutsch-Konservative Partei*, in der die Agrarier das Sagen hatten, stand dagegen in der Opposition. Ihr war Bismarcks nationale Politik auf Kosten der Einzelstaaten und ihrer fürstlichen Regierungen zu weit gegangen. Sie meinte, daß Bismarck den Liberalen mit der Reichsverfassung viel zu weit entgegengekommen sei. Bismarcks Politik war ihr zu „modern“. Nur eine zunächst kleine konservative Abspaltung, die *Freikonservative Partei*, unterstützte



Sitzverteilung der Parteien im Deutschen Reichstag 1871–1912

Bismarck. Auch die *Zentrumspartei*, die Partei des Katholizismus, stand in Gegnerschaft zu Bismarcks Politik. Der neue Nationalstaat unter Führung des vorwiegend protestantischen Preußen verlangte die Unterordnung der katholischen Kirche. Deren übernationalen Bindungen waren vielen national denkenden Zeitgenossen ein Dorn im Auge. Die Kulturpolitik der siebziger Jahre (Gesetze zur staatlichen Beaufsichtigung der katholischen Geistlichen, Festigung der staatlichen Schulaufsicht, Verbot des Jesuitenordens, Gesetz über die Zivilehe 1874/75) fand die Billigung der Liberalen, führte aber zum Widerstand der Katholiken. Man sprach vom „Kulturkampf“ zwischen preußischem Staat und Katholizismus (siehe S. 129). Auch die kleine linksliberale *Deutsche Fortschrittspartei* stand in der Opposition: Ihr waren die liberal-demokratischen

Zugeständnisse Bismarcks in der Verfassungsfrage nicht weit genug gegangen. Und die ebenfalls noch sehr kleine *Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands*, die vor allem in der entstehenden Arbeiterschaft gewählt wurde, lehnte die Politik der Regierung ebenfalls ab. Es war also klar: Bismarck brauchte die Nationalliberalen.

Ende der siebziger Jahre änderte sich die Situation. Die Krise mit ihren antiliberalen Stimmungen schwächte den Liberalismus. Und Bismarcks Politik tat ein übriges.

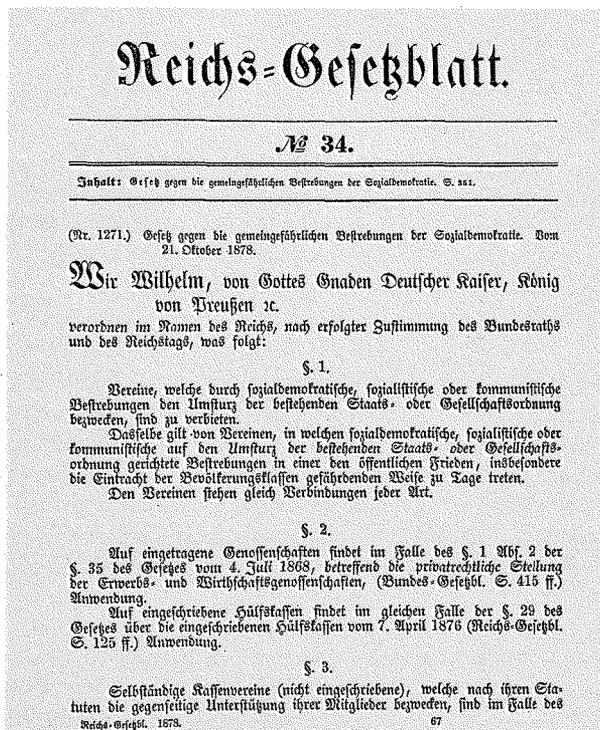
Das Sozialistengesetz. 1878 verübten kurz hintereinander zwei Männer, die keine Sozialdemokraten waren, erfolglos Attentate auf den Kaiser. Fälschlich, aber wirkungsvoll machte Bismarck dafür die Sozialdemo-

kratie verantwortlich, die in den siebziger Jahren stark gewachsen war. Die im Bürgertum ohnehin vorhandene Sozialistenfurcht wurde damit gesteigert. Bismarck ließ im Reichstag ein „Gesetz gegen die gemein gefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ einbringen, das sogenannte „Sozialistengesetz“.

Große Teile der Öffentlichkeit stimmten diesem Ausnahmegesetz zu. Die Liberalen wehrten sich dagegen; es widersprach ihren Grundsätzen. Aber Bismarck nahm das zweite Attentat zum Anlaß, um den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen anzusetzen. Ihm ging es nicht nur um die Verfolgung der Sozialisten. Er wollte das „Sozialistengesetz“ auch als Mittel benutzen, um die Nationalliberale Partei in eine schwere Niederlage zu manövrieren und seine Mehrheit im Reichstag nach rechts zu verschieben. Und das gelang: Aus den Reichstagswahlen 1878 gingen die Nationalliberalen geschwächt und demoralisiert hervor. Im Oktober 1878 fand das Sozialistengesetz eine parlamentarische Mehrheit. Es sollte bis 1890 in Kraft bleiben.

Auch in der Zollpolitik setzte sich Bismarck jetzt vom Wirtschaftsliberalismus ab. 1879 bewilligte der Reichstag auf Drängen der Regierung Schutzzölle auf Getreide, Vieh und Roheisen. In den folgenden Jahren wurde das Schutzzollsystem weiter ausgebaut. Es erschwerte die Einfuhr und erlaubte im Inneren höhere Preise, die den agrarischen und schwerindustriellen Unternehmern zugute kamen. Die Nationalliberalen spalteten sich. Nur eine Minderheit von ihnen unterstützte weiterhin Bismarck. Er versöhnte sich dagegen mit den Konservativen, die die neue Wirtschafts- und Sozialpolitik begrüßten. Mit der liberalen Phase endete auch der „Kulturkampf“ (siehe S. 128–130). Die Einbeziehung der Zentrums Partei in die Reichspolitik begann. Damit hatte Bismarcks Politik Ende der siebziger Jahre eine ganz andere parteipolitische und soziale Basis als Anfang der siebziger Jahre. Und diese Verschiebung war nicht von kurzer Dauer. Die neue Parteienkonstellation, ein Bündnis von Konservativen, Zentrum und Teilen der Nationalliberalen, blieb vielmehr bis zum Ersten Weltkrieg erhalten und hat in ihren Grundzügen die Regierungspolitik bestimmt.

Faksimile der ersten Seite des „Sozialistengesetzes“ aus dem Jahre 1878



Wieder mehr Staat – Der Aufstieg des Sozial- und Interventionsstaates

Die 1870er Jahre wirkten wie eine Wasserscheide in der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Das gilt z. B. für die Entwicklung des Liberalismus. In den sechziger und frühen siebziger Jahren hatte er viel Einfluß besessen, wenn er die Macht auch mit der Regierung des wenig liberalen Bismarck teilen mußte und er in Deutschland nie so stark wurde wie beispielsweise in England. Aber jetzt, Ende der siebziger Jahre, begann sein Jahrzehnte währender Abstieg. Eine Wasserscheide stellten die siebziger Jahre auch dar, wenn man auf das sich langfristig verändernde Verhältnis von Wirtschaft und Staat blickt.

Wirtschaft und Staat – Drei Phasen

Wirtschaft und Staat im Merkantilismus. Im 17. und 18. Jahrhundert hatte es viele staatliche Eingriffe in die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse gegeben. Zur Vermehrung der Steuern und zur Vergrößerung ihrer Macht hatten die fürstlichen Landesherren und ihre Beamten versucht, Gewerbe und Handel zu fördern. Sie hatten Kanäle und Straßen bauen lassen, die Gründung von Manufakturen durch die Befreiung der Unternehmer von Zunftregeln ermöglicht, durch Kapitalhilfe oder Schenkung von Anlagen erleichtert oder sogar selbst in die Hand genommen. Als *Merkantilismus* hat man diese auf Stärkung der Wirtschaft und des Staates gerichtete Politik der absolutistischen Herrscher bezeichnet. Sie bestand aus vielen einzelnen Eingriffen in die Wirtschaft. Der Erfolg war meist sehr begrenzt. Wenn die Nachfrage und die Verkehrsverbindungen fehlten, dann nützte die Einrichtung der schönsten Seidenmanufaktur wenig. Die Verwaltungsbeamten waren keine Unternehmer. Ihr wirtschaftlicher Weitblick hielt sich in Grenzen. Wenn sie Erfolg hatten, kam es ihren Fürsten oder dem Staat, nicht aber ihnen selbst zugute. Wenn sie erfolglos waren, mußten sie nicht mit dem eigenen Vermögen dafür gerade stehen. Das alles spornte sie nicht besonders an.

Viel Markt – wenig Staat: Die wirtschaftsliberale Phase. Ungefähr um 1800 endete der Merkantilismus. Langsam setzte sich nun die Überzeugung durch, daß der Staat nur die Rahmenbedingungen zu schaffen

habe, die die Wirtschaft braucht; daß diese aber im übrigen sich selbst überlassen bleiben müsse, wenn sie erfolgreich und zum Nutzen aller funktionieren sollte. In England hatte sich diese *wirtschaftsliberale* Auffassung schon im 17. und 18. Jahrhundert durchgesetzt. In dem berühmten Buch des Engländers Adam Smith „The Wealth of Nations“ von 1776 hat sie ihre klassische Formulierung gefunden: ein brillantes Plädoyer für den Kapitalismus, d. h. für ein Wirtschaftssystem, das weder durch staatlich-bürokratische Gängelung noch durch Zunft und Genossenschaft, sondern durch den Markt geregelt wird. Es beruht auf dem privaten Besitz von Kapital, auf den freien, gewinnorientierten Entscheidungen privater Unternehmer und auf dem Tausch zwischen ihnen, auch auf ihrem Recht, Arbeitskräfte auf Vertragsbasis einzustellen und gegen Lohn für sich arbeiten zu lassen, also Arbeit gegen Lohn zu tauschen. Wenn jeder in aufgeklärtem Geist und unter Respektierung der Gesetze seinen persönlich-individuellen Nutzen verfolge, komme das dem allgemeinen Wohl indirekt ebenfalls zugute, weil nur so die Kräfte der einzelnen mobilisiert werden und die wirtschaftliche Vernunft der vielen einzelnen zum Zuge kommen könne. So die Botschaft Adam Smiths.

Solche oder ähnliche Überzeugungen setzten sich unter den Beamten und vielen Bürgern auch in den deutschen Staaten seit 1800 durch. Die Zunftordnungen wurden schrittweise aufgehoben, in Preußen schon 1810/11 (siehe S. 26), in Sachsen, Bayern und anderen süddeutschen Staaten endgültig erst in den 1860er Jahren. Im Rahmen der Gesetze durfte damit jeder sein Gewerbe frei wählen und entsprechend seinem Gutdünken betreiben, um den eigenen Nutzen zu mehren. Die staatlichen Agrarreformen befreiten die Bauern von ihren erblichen Bindungen an die Scholle und ihren Verpflichtungen gegenüber den Herren; sie erlaubten den Kauf und den Verkauf von Grund und Boden (siehe S. 47–48).

Der Staat zog sich schrittweise aus dem Wirtschaftsleben zurück. Immer seltener beteiligten sich die Behörden an der Gründung von Unternehmen. Bis 1861 leiteten noch Beamte den Bergbau in Preußen. Zwi-

schen 1861 und 1865 ging die Leitung der Bergwerke in private Hand über. Die Zölle im Innern der Staaten – oftmals an jedem Stadttor – hatten den freien Handel lange behindert; sie fielen im frühen 19. Jahrhundert weg. Seit etwa 1860 setzte sich der Freihandel auch im Verkehr zwischen den europäischen Staaten durch. Schutzzölle wurden abgebaut, Handelsverträge geschlossen (siehe S. 96).

Zwar zog sich der Staat nie ganz aus der Wirtschaft zurück. Das gewerbliche wie das allgemeine Schulwesen blieben staatlich. Der Staat baute weiterhin Straßen, Kanäle und – in Süddeutschland – auch die meisten frühen Eisenbahnen. Der Staat war gerade in Deutschland immer mehr als ein bloßer „Nachwächterstaat“ und beschränkte sich hier nie nur auf die Einhaltung von Ruhe und Ordnung. Trotzdem kann man sagen, daß die Wirklichkeit in den sechziger und siebziger Jahren dem wirtschaftsliberal-kapitalistischen Modell am nächsten kam: viel Markt, wenig Staat – ganz anders als zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Und dieses auf Unternehmerfreiheit, Privatbesitz und Lohnarbeit beruhende System bewährte sich nicht schlecht. Es verteilte zwar die Früchte des wirtschaftlichen Wachstums sehr ungleichmäßig, der Abstand zwischen Reich und Arm nahm wahrscheinlich zu. Es gab viel Ungleichheit und Abhängigkeit, Unsicherheit und Ausbeutung. Die Sozialisten hatten das scharf kritisiert. Aber das System brachte andererseits soviel technischen Fortschritt und soviel industriewirtschaftliches Wachstum hervor, daß selbst die Armen ein bißchen weniger arm wurden, die Überlebenschancen der breiten Bevölkerung zunahmen und die Industrielle Revolution in Gang gesetzt wurde, die für die Zukunft noch viel mehr und Besseres versprach.

Der Staat mischt wieder stärker mit. In den 1870er Jahren fand nun ein Trendwechsel statt: Die staatlichen Eingriffe in Wirtschaft und Gesellschaft nahmen wieder zu, wenn auch nur ganz allmählich. Die Gründe haben wir kennengelernt: Die tiefe wirtschaftliche Krise und die damit zusammenhängende Verschärfung der sozialen Spannungen vor allem zwischen Arbeiterschaft und bürgerlicher Gesellschaft brachten Veränderungen hervor, in deren Verlauf die staatlichen Organe wieder stärker regelnd eingriffen, wenn auch die Grundprinzipien einer kapitalistischen Markt- und Unternehmerwirtschaft erhalten blieben. Über die

Schutzzölle griff der Staat in den Außenhandel und mit Hilfe des Sozialistengesetzes in die sozialen Konflikte ein. Auch auf anderen Gebieten mischte der Staat wieder stärker mit. So wurden die bis dahin privaten Eisenbahnen bis 1890 größtenteils verstaatlicht, und der weitere Ausbau des Eisenbahnwesens geschah unter staatlicher Regie.

Ein weiteres Beispiel: Zwischen 1883 und 1889 richtete das Deutsche Reich eine moderne gesetzliche Sozialversicherung (Pflichtversicherung) ein. 1883 entstand die Krankenversicherung, 1884 die Unfallversicherung und 1889 die Alters- und Invalidenversicherung. Die Beiträge wurden größtenteils von Arbeitnehmern und Arbeitgebern aufgebracht. Die Leistungen waren ungleich niedriger als heute, aber langsam nahmen sie zu. Der Versichertenkreis, zunächst sehr begrenzt, wurde schrittweise ausgeweitet. 1911 entstand eine separate Sozialversicherung für Angestellte. 1913 war die überwiegende Mehrheit der Arbeitnehmer versichert. Von den Renten konnten die Alten zwar nicht leben, aber sie bildeten einen Grundstock für Unterstützungen durch die Familie oder andere kleine Einkünfte. Eine Arbeitslosenversicherung entstand erst 1927.

Nach der Absicht Bismarcks sollte die Sozialversicherung auch der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln nehmen. Dies gelang zwar nicht, aber die



Ausschnitt aus einem Plakat zur Leistung der Sozialversicherungen, um 1914

- ① Krankenversicherung 5,6 Milliarden Mark
- ② Unfallversicherung 2,5 Milliarden Mark
- ③ Für Invalide und Hinterbliebene 2,7 Milliarden Mark

Sozialversicherung brachte für die Masse der Bevölkerung ein Minimum an bescheidener Sicherheit gegenüber den Risiken des Lebens.

Wie man an den Beispielen Schutzzollpolitik, Eisenbahnverstaatlichung und Sozialversicherung sieht, nahm die Bedeutung des Staates – und damit der Beamten – für die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse seit den siebziger und achtziger Jahren allmählich wieder zu. Andere Beispiele könnte man anfügen. So machte der gesetzliche Arbeiterschutz vor allem in den 1890er Jahren gewisse Fortschritte. Die Leistungen und das Personal der Post wurden ausgebaut – in Deutschland ebenfalls eine staatliche Dienstleistung. Seit den 1880er Jahren kam der Telephondienst dazu. Auch in den Gemeinden änderte sich etwas. Die Stadtverwaltungen kümmerten sich immer mehr um die tägliche Daseinsvorsorge: um den Straßenbau und um Grünanlagen, um die schwierigen Abwasserprobleme und natürlich um die Schulen. Viele der neuen Elektrizitätswerke entstanden seit den 1890er Jahren als „gemischtwirtschaftliche Unternehmen“, in denen die Gemeinden und privaten Unternehmer zusammenarbeiteten.

Bürokratische Tradition und starker Staat: Vorteile und Nachteile

Die öffentlichen Beamten hatten in Deutschland – anders als in England und den USA – seit dem 17. und 18. Jahrhundert eine wichtige Rolle gespielt. Gebildet und selbstbewußt, unabsetzbar und durch Pensionsansprüche gesichert, hatten die höheren Beamten im frühen 19. Jahrhundert viel Macht ausgeübt und großes Ansehen genossen, auch wenn sie oft wenig verdienten. Jetzt im Kaiserreich wuchs ihre Zahl, und sie gewannen neue Aufgaben und neuen Einfluß hinzu.

Um 1880 wurden nur gut 10 Prozent des Sozialprodukts von den staatlichen Behörden im Reich, in den Bundesstaaten und in den Gemeinden ausgegeben: für Militär und Schulen, Sozialversicherung und Straßenbau, Beamtengehälter und vieles mehr. Bis 1914 wuchs dieser Anteil auf knapp 15 Prozent. Heute beträgt er fast 50 Prozent. Damals begann der Aufstieg des Sozial- und Interventionsstaates, des Staates, der in wirtschaftliche und soziale Prozesse eingreift, „interveniert“.

Während die Industrialisierung in Deutschland später begann als in Westeuropa, und Deutschland insofern

ein „Spätkömmling“ war, entwickelte sich bei uns der moderne Sozial- und Interventionsstaat besonders früh. Das hatte Nachteile und Vorteile. Es bedeutete, daß bei uns immer sehr viel „von oben“ her erledigt worden ist, unter der Regie des starken Obrigkeitsstaats und seiner Bürokratie. Die Deutschen haben deshalb immer sehr viel vom Staat erwartet und ihn scharf kritisiert, wenn er ihre Erwartungen nicht erfüllte. Bürgerliche Eigeninitiativen, selbständige Aktionen von gesellschaftlichen Gruppen und einzelnen Bürgern – das fehlte natürlich nicht ganz, blieb aber bei uns schwächer entwickelt als in manchen anderen Ländern. Die Herausbildung einer kräftigen freiheitlich-demokratischen politischen Kultur hat das eher behindert.

Andererseits trug der Staat bei uns früh dazu bei, soziale Mißstände zu lindern und gewisse Fortschritte durchzusetzen. So ist in Deutschland die industrielle Kinderarbeit seit der Mitte des Jahrhunderts rascher zurückgegangen als in England, wo überhaupt die Not in den schnell wachsenden Industriestädten noch härter und bedrückender gewesen sein muß als in Berlin, in Dortmund oder Chemnitz. Und der staatlich erzwungenen allgemeinen Schulpflicht war es zu verdanken, daß im 19. Jahrhundert in Deutschland weniger Analphabeten existierten (1850 nur noch 10 bis 20 Prozent der Bevölkerung) als in Großbritannien (etwa 30 Prozent) oder Frankreich (etwa 50 Prozent) (siehe S. 163). Die Analphabetenzahl sank im Kaiserreich bis 1914 auf wenige Prozent. Daß die Arbeiterschaft trotz aller Klassenkonflikte allmählich doch in die Nation hineinwuchs, dazu hat sicher auch die staatliche Sozialpolitik beigetragen.

Und das wirtschaftliche Wachstum wurde durch die zunehmenden staatlichen Eingriffe jedenfalls nicht behindert: Nach den Stockungen der siebziger und frühen achtziger Jahre beschleunigte sich das Wachstum der deutschen Wirtschaft wieder, die Verstädterung schritt fort, die Industrie und der technische Fortschritt veränderten das Leben. Der allgemeine Wohlstand nahm zu, auch die Arbeiterlöhne wuchsen, und die schlimmste Not flaute ab. 1913 war Deutschland der erfolgreichste Industriestaat des Kontinents, und auf einigen Gebieten – z. B. in den neuen Sparten der Chemie- und der Elektroindustrie – überflügelte es bereits das industrielle Pionierland Großbritannien.